

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

8. Mai 2017
1 von 2

Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.487 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen jede Abschiebung in Kassel lebender Menschen nach Afghanistan aus und fordert die Landesregierung auf, ein entsprechendes Abschiebeverbot zu erlassen. Diese Position wird auf dem Hessischen Städtetag von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Kassel aktiv beworben, um die Unterstützung durch weitere hessische Kommunen zu erhalten.

➤ **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und der Stadtverordneten Ernst und Dr. Janusch**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen jede Abschiebung in Kassel lebender Menschen nach Afghanistan aus und fordert die **Bundes- und Landesregierung auf, ein entsprechendes Abschiebeverbot zu erlassen. Diese Position wird auf dem Hessischen Städtetag von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Kassel aktiv beworben, um die Unterstützung durch weitere hessische Kommunen zu erhalten. dafür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Stadtverordneter Ernst,
Stadtverordnete Dr. Janusch

Ablehnung: AfD (6), Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten,
Stadtverordneter Burmeister, Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: CDU, AfD (1)
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und der Stadtverordneten Ernst und Dr. Janusch betr. Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan, 101.18.487, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und der Stadtverordneten Ernst und Dr. Janusch geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen Abschiebung in Kassel lebender Menschen nach Afghanistan aus und fordert die **Bundes- und Landesregierung auf, dafür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten,
Stadtverordneter Ernst, Stadtverordnete Dr. Janusch

Ablehnung: CDU, AfD (6), Stadtverordneter Burmeister, Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: AfD (1)

den

Beschluss

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und der Stadtverordneten Ernst und Dr. Janusch geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan, 101.18.487, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin